

Familiengerechte Gesellschaftsordnung

Im November 2001 jährte sich zum 20. Mal das Erscheinen der Enzyklika „Familiaris Consortio“ Papst Johannes Pauls II. Wie keiner seiner Vorgänger hat der gegenwärtige Papst Ehe und Familie explizit zum Gegenstand nicht nur katechetischer oder pastoraltheologischer Lehrschreiben, sondern auch der Sozialverkündigung seines Pontifikats gemacht. Wie stellt sich das familienpolitische und familienwissenschaftliche Engagement der Kirche in seinen verschiedenen Formen 20 Jahre nach dem Erscheinen von Familiaris Consortio dar?

Auffällig sind hier nicht unbeträchtliche Unterschiede in der Akzentsetzung. So hat etwa in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas nach der Wende das Bewußtsein der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Thematik zu einer Reihe von Neugründungen auch im universitären Umfeld geführt. In West- und Südeuropa sowie in den USA gehören Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft wie etwa das „Center for Work and Family“ am Boston College zu den anerkanntesten familienwissenschaftlichen Forschungsstätten. Von ihnen gehen vielfältige Impulse für die gesellschaftliche Praxis aus, und so tragen sie ganz wesentlich zum sozialetischen und politischen Profil der Kirche in der jeweiligen Gesellschaft bei.

Angesichts dessen ist es auffällig, daß sich die Sozialethik im deutschsprachigen Raum der Thematik bisher kaum in vergleichbarer Weise angenommen hat. Zwar haben eine ganze Reihe von Sozialethikern in Artikeln und Monographien immer wieder einmal einzelne Aspekte von Ehe und Familie beleuchtet. Im Zentralkomitee der Katholiken ist es ein Arbeitskreis, bei der Deutschen Bischofskonferenz eine Kommission, die sich unter anderem mit familienpolitischen Fragestellungen beschäftigen. Der Familienbund der Deutschen Katholiken, kirchliche Akademien oder auch die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle in Mönchengladbach haben sie zum Gegenstand eigener Veranstaltungen gemacht – wobei im internationalen Vergleich eine gewisse Konzentration auf sozialpolitische Fragestellungen auffällig ist. Die systematische familienwissenschaftliche Forschung ist dagegen zu kirchennahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern (Franz-Xaver Kaufmann, Heinz Lampert, Max Wingen und andere) abgewandert. Letztere sind zudem in den vergangenen Jahren aus der aktiven Lehrtätigkeit herausgewachsen und weitgehend ohne Nachfolger geblieben.

Unter den Habilitationsschriften im Fach Sozialethik/Christliche Gesellschaftswissenschaften muß man dagegen vor 1998 bis ins Jahr 1960 zurückgehen,

um familienpolitisch fündig zu werden¹. Daß die Gründung eines Forschungsinstituts zu Fragen von Ehe und Familie an der Katholischen Universität Eichstätt durch die Deutsche Bischofskonferenz im Jahr 1997 trotz umfangreicher Vorarbeiten zunächst gescheitert ist, läßt sich also jenseits der seinerzeit genannten finanziellen Probleme durchaus auch im Zusammenhang mit längerfristigen Entwicklungen im deutschen Katholizismus verstehen.

An deren Zustandekommen wirken sicherlich verschiedene Faktoren zusammen. Zunächst wird die Thematik hierzulande stärker als anderswo durch sehr grundsätzliche Kontroversen um den richtigen Begriff von Ehe und Familie überlagert. „Was verstehen Sie überhaupt unter Familie?“ – diese häufig in ideologiekritischer Absicht gestellte Frage mündet dann schnell in die unausgesprochene Annahme, mit der Pluralisierung der Lebensformen in den letzten Dekaden habe Ehe und Familie als Institution wie als dominanter Lebensentwurf seine identitätsstiftende, orientierende und unterscheidende Kraft verloren. Hinzu kommt innerkirchlich die (verständliche) Dominanz des pastoralen Blickes. Ehe und Familie als Gegenstandsbereich weckt dann eher familienkatechetische und moraltheologische Assoziationen; der Streit etwa um bestimmte Aspekte des christlichen Familienethos ist in Deutschland zwischen *Humanae Vitae* und Königsteiner Erklärung bekanntlich mit besonderer Heftigkeit geführt worden. Dies hat mitunter den Blick für die enorme Sprengkraft verstellt, die der Thematik in gesellschaftspolitischer Hinsicht eignet – und zwar übergreifend über alle Familienformen.

Familie als Leerstelle in den Gesellschaftswissenschaften des 20. Jahrhunderts

Doch jenseits innerkirchlicher Diskussionslagen liegt die eher zurückhaltende Behandlung des Forschungsthemas Ehe und Familie auch in einem Grundtenor der beherrschenden Gesellschaftstheorien und sozialwissenschaftlichen Entwürfe des 20. Jahrhunderts begründet. Denn diesen erschien die Entwicklung sowohl der tragenden Institutionen der modernen Gesellschaft (Wettbewerbsmärkte, wohlfahrtsstaatliche Absicherung, Bildungsinstitutionen) als auch der korrespondierenden Werthaltungen (Individualisierung, Wertepluralismus) die Familie durchgängig zu entwerten, um nicht zu sagen: vollständig zu ersetzen.

Dies galt nicht nur für die zum Teil kämpferisch antifamiliale linke Gesellschaftskritik der 60er und 70er Jahre, sondern auch für strukturalistische und funktionalistische Theorieentwürfe, die die Diskussionslagen fächerübergreifend und nachhaltig beeinflußt haben. So kann es als symptomatisch gelten, daß etwa in Niklas Luhmanns Spätwerk „Die Gesellschaft der Gesellschaft“ (1997) von Familie fast ausschließlich im Zusammenhang mit Funktionsverlust die Rede ist². Ähnliches gilt auch für Hauptwerke der sozialphilosophischen Diskussion des

20. Jahrhunderts³. Was also in der Studentenrevolte zum expliziten Handlungsimperativ wurde – nämlich die Befreiung aus familiären Zwängen zur autonomen Selbstverwirklichung als moderner Lebensform – das bestimmte untergründig weit darüber hinaus die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Institution Familie durch die Wissenschaften: Familie und moderne Gesellschaft, Familie und moderne Lebensformen erschienen als prinzipielle Gegensätze. Die unaufhaltsame Durchsetzung des Letzteren schien zwangsläufig auf die Schwächung des Ersteren hinauszulaufen.

Der Gegensatz zwischen Familie und moderner Entwicklung durchlief denn auch als Grundmotiv verschiedene sozialwissenschaftliche Themen und Forschungsbereiche. Im Bereich der Erziehungs- und anderen Humanwissenschaften rückten die engen und bevormundenden Bindungen in der Familie, die damit verbundenen Rollenschemata zwischen Mann und Frau, zwischen Kindern und Erwachsenen als Hindernisse auf dem Weg zu einer freieren, mündigen und offenen Gesellschaft in den Blick. Sie erschienen als Ursprungsort vielfältiger reaktionärer Vorurteile – gegen Fremde und Ausländer, gegen gewachsene Bildungsansprüche von Frauen, gegen emanzipatorische Kräfte in der Gesellschaft, gegen stärkere sexuelle Selbstbestimmung. Auf der (mikrosozialen) Ebene individueller Lebensgestaltung wurden starke Bindungen in Familie und Verwandtschaft als unmodern wahrgenommen – scheinen sie doch eher ein Hindernis auf dem Weg zu einer durch frei gewählte und schwache Bindungen konstituierten modernen Existenz zu sein.

Im Bereich der Politikwissenschaften und soziologischen Gesellschaftstheorie (makrosoziale Theoriebildungen) läßt sich der gleiche Antagonismus unter anderen Vorzeichen nachweisen. So standen dort konzeptionell *exklusive* familieninterne Solidarnetzwerke (bei prinzipiellem Mißtrauen gegen Fremde)⁴ einerseits *inklusive* Systemen mit streng sachorientierten Qualifikationskriterien (Leistungsprinzip im Bereich von Wettbewerbsmärkten, objektives Bedürftigkeitsprinzip im Bereich wohlfahrtstaatlicher Systeme) andererseits gegenüber. Es erschien dann gerade als entscheidende Errungenschaft entwickelter Gesellschaften, daß sie formale Rechtsansprüche an die Stelle von Klientelismus und persönlichen Abhängigkeiten setzten und damit die Bedeutung der Familie in jeder Beziehung zurückdrängten.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaft schließlich stand Familie für wenig ausdifferenzierte Klein- und Mittelbetriebe, für Eigenproduktion insgesamt. Demgegenüber waren genuin moderne Wirtschaftsformen durch tiefe Arbeitsteilung gekennzeichnet, die am stärksten in funktional organisierten, technologisch ausgereiften und hochproduktiven Großbetrieben verwirklicht ist. Für die Erziehungsarbeit, die innerhalb der Familien geleistet wird, hatte die an industriellen Produktionsprozessen orientierte Wirtschaftswissenschaft denn auch charakteristischerweise lange überhaupt keinen Begriff – die Familie kam ledig-

lich als konsumtive Größe in den Blick, die selbst keinen produktiven Beitrag zum Sozialprodukt zu erbringen schien⁵.

Das Grundproblem: Gegensatz von Modernisierungskonzepten und Familie

Das Gegensatzdenken, das sich quer durch die genannten wissenschaftlichen Disziplinen zieht, ordnete die Familie jeweils dem Bereich vormodern beschränkter Rückständigkeit zu. Ethisch motivierte progressive Sozialreform lief dann jeweils auf die Befreiung bzw. Zurückdrängung der Institution Familie hinaus. Familie blieb eine Leerstelle in den handlungsleitenden Modernisierungskonzepten des 20. Jahrhunderts.

Dieses Gegensatzdenken wurde auf dialektische Weise noch stabilisiert durch Wissenschaftler, die, sozusagen auf der anderen Seite derselben gedanklichen Schneise stehend, moderne Entwicklungen gerade aufgrund ihrer destruktiven Rückwirkungen auf Familien sehr grundsätzlich kritisierten. Auch die antimoderne Zeitkritik mit sozialromantischer Grundströmung hat (vor allem im frühen 20. Jahrhundert) die Diskussionslagen geprägt. Sie geht letztlich ebenso von einem konzeptionellen Gegensatz von Familie und moderner Gesellschaft aus; nur kritisiert sie eben die Moderne im Interesse der Familie. Das Gegensatzdenken findet sich in der liberalen Sozialstaatskritik, die in der Tradition Wilhelm von Humboldts die Verdrängung innerfamiliärer Solidarität durch die entstehenden sozialen Sicherungssysteme kritisiert; doch der Gegensatz prägt auch die Sichtweise der Kritiker von Markt und Wettbewerb, die die moderne Wirtschaftsdynamik als solche für den Niedergang der Familie verantwortlich machen⁶. Und selbst Franz-Xaver Kaufmanns vielzitiertes Wort von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ der modernen Gesellschaft gegenüber der Familie atmet – zumindest bei vielen Rezipienten – noch etwas vom Flair des Gegensatzdenkens.

Das Kernproblem des Gegensatzdenkens liegt aber darin, daß es je nach Position des Betrachters entweder der Hilflosigkeit einer abstrakten Zeitkritik oder aber einem inhumanen Fortschrittspathos verfällt. Die antimoderne Zeitkritik erkennt, daß auch das Zusammenleben innerhalb der Familie in den vergangenen Jahrzehnten erheblichen Wandlungen unterlegen ist. Dies betrifft sowohl das Verhältnis der Geschlechter als auch der Generationen untereinander. Wer die Familie als sicheres Bollwerk gegen Individualismus und Anonymität der Gesellschaft feiert, erkennt, daß die Familie in der Moderne untrennbar mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt verwachsen ist⁷.

Umgekehrt identifiziert ein familienloses Modernisierungskonzept – meist unausgesprochen – bestimmte tradierte Kommunikationsformen und Rollenmuster mit dem „Prinzip Familie“ überhaupt. Es erkennt, daß der Funktionsverlust der Familie in vielen gesellschaftlichen Bereichen einer Intensivierung ihrer indivi-

duellen und gesellschaftlichen Kernfunktionen entspricht. Die Ansprüche, die Menschen heute an gelungene Partnerschaft und Familie im Bereich personaler Auseinandersetzung und Begegnung, wechselseitiger Stütze und auch Zuwendung zu Kindern verbinden, übersteigen die entsprechenden Ansprüche vergangener Generationen um ein Vielfaches. Die Funktionen, die eine von anderen Bezügen entlastete Familie heute erfüllt, sind für Individuum und Gesellschaft im Kontext hochindividualisierter Gesellschaften womöglich wichtiger als im Kontext der hochintegrierten vormodernen Vergesellschaftungsformen⁸.

Daß und inwiefern also eine im Zug der Modernisierung ihrerseits veränderte Familie integrales Element nachhaltig-moderner Lebensformen und Gesellschaftsstrukturen sein kann; daß familienbewußte Gesellschaftspolitik sogar selbst das progressive Reformprojekt einer besseren Modernisierungspraxis sein könnte – das bleibt in der Architektur des Gegensatzdenkens verborgen. Gerade deshalb bezeichnet es eine Kernaufgabe sozialetischer Begriffsarbeit, Ansätzen zur Überwindung des Gegensatzdenkens nachzuspüren. Im Durchgang durch neuere Entwicklungen in den oben bereits genannten Fachdisziplinen ergeben sich in der Tat handfeste Anhaltspunkte dafür.

Familie als Kernelement sozial nachhaltiger Modernisierung

Parallel zum skizzierten Gegensatzdenken zeichnen sich in vielen neueren wissenschaftlichen Begriffsbildungen Anknüpfungspunkte für ein Konzept von Familie als integralem Bestandteil eines sozial nachhaltigen Modernisierungsprozesses ab. Solche Neuorientierung fällt nicht vom Himmel. Sie stellt vielmehr einen Reflex auf Fehlentwicklungen dar, die sich prinzipiell als Konsequenzen eines überholten, familienfernen Modernisierungskonzeptes begreifen lassen.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaft wird man hier auf den Erfolg des von den Nobelpreisträgern Theodore Schultz und Gary S. Becker entwickelten Humanvermögensgedankens und der korrespondierenden Theoriebildungen der Familienökonomik verweisen können. Diese in ihrer Aussageabsicht häufig mißverstandene Begriffsbildung ist nicht zuletzt bewußtseinsbildend dafür geworden, daß in Familien enorme Investitionsprozesse ablaufen – und daß ein in der Wirtschaftswissenschaft vorherrschendes Modell von der Familie als unproduktive Konsumeinheit mithin eine stark verfälschende Vereinfachung darstellt. In der deutschsprachigen Diskussion ist dieser familienökonomische Denkansatz erstmals aufgenommen worden im Familienbericht der Bundesregierung von 1994, der Familienpolitik systematisch vom Gedanken der „Zukunft des Humanvermögens“ her zu begründen versucht hat. In Zeiten globalisierter Finanzmärkte und sich angleichender Standortfaktoren im Bereich der physischen Infrastruktur wird die Frage der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitskräfte zum entschei-

denden Wettbewerbsfaktor einer Volkswirtschaft – die volkswirtschaftlichen Leistungen von Familien werden also immer wichtiger.

Solche eher konzeptionellen Überlegungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr umgesetzt in operative Strategien von (insbesondere großen) Unternehmen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Work-Life-Balance) als festen Bestandteil ihrer Unternehmenskultur verstehen⁹. Doch hier geht es nicht nur um mikroökonomische Vereinbarkeitsstrategien. Längst hat die ökonomische Entwicklungstheorie die Schlüsselbedeutung der in Familien erbrachten Leistungen und grundgelegten Dispositionen auch für eine nachhaltige gesamtwirtschaftliche Entwicklung erkannt. So sieht eine im Mai 2001 von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegte Publikation das „Wohlbefinden der Nationen“ (The Well-being of Nations) – der Titel ist in einer bewußten Anspielung auf das grundlegende Werk von Adam Smith „Der Wohlstand der Nationen“ (The Wealth of Nations) gewählt – primär in ihrer Ausstattung mit Human- und Sozialvermögen begründet. Hinter einem solchen teilwissenschaftlichen Perspektivenwechsel zeigen sich sozialetisch hochinteressante Anknüpfungsmöglichkeiten für die Überwindung eines dualistischen Gegensatzdenkens, das die Entwicklung eines modernefähigen Familienkonzeptes lange Zeit blockiert hat.

In der erwähnten Studie fällt auch ein wichtiges Stichwort aus dem zweiten oben genannten Wissenschaftsbereich, der neueren Politikwissenschaft: der Begriff des „Sozialvermögens“¹⁰. Das Spezifikum moderner Demokratie wird am Beginn des 21. Jahrhunderts in der internationalen Fachdiskussion weniger an formal-prozeduralen Fragen wie etwa der bloßen Aggregation individueller Präferenzen (Herrschaft der Mehrheit) festgemacht. Vielmehr rückt insbesondere angeregt durch die grundlegenden Arbeiten von Robert Putnam die Bedeutung sozialer Netzwerke und Kooperationsnormen im Bereich der Bürgergesellschaft für die Nachhaltigkeit demokratischer Entwicklung in den Vordergrund. Auch hier ergeben sich wichtige Bezüge zur Funktion von Familien. Denn – auch wenn dies bisher explizit nur am Rand formuliert worden ist – wesentliche Grundlagen des gesellschaftlichen Sozialvermögens¹¹ werden in Familien gelegt, sei dies dadurch, daß Partizipationsbereitschaft und -fähigkeit der nachwachsenden Generation hier vermittelt wird, sei dies durch das Engagement von Familien selbst, die nach empirischen Untersuchungen wichtige Multiplikatoren bürgergesellschaftlichen Engagements sind. In Familien und um Familien herum wachsen jene sozialen Netzwerke, die das Rückgrat einer aktiven Bürgergesellschaft und damit auch einer stabilen Demokratie darstellen.

Zunehmend neue Perspektiven ergaben sich in den vergangenen Jahren schließlich auch im Bereich der Erziehungswissenschaften. Hier wird deutlich, daß die Leistungsfähigkeit von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen letztlich auf je-

ner „Kompetenz-Kompetenz“ beruht, die ganz wesentlich auch in Familien grundgelegt wird. In diesem Zusammenhang sei nur auf die jüngst in die Diskussion geratene Studie Pisa 2000 hingewiesen. Sie bescheinigt dem deutschen Schulsystem besonders schlechte Leistungen ausgerechnet dort, wo es um die Integration sozial schwacher Bevölkerungsschichten in mittlere und höhere Bildungsabschlüsse geht. Doch begleitende Befragungen der OECD zeigten gravierende Defizite auch im Bereich der Elternhäuser. Nur etwas mehr als 40 Prozent der deutschen Eltern reden danach regelmäßig mit ihren Kindern über die schulischen Leistungen (Niederlande 60 Prozent, Italien über 80 Prozent). Über regelmäßige persönliche Gespräche wußten nur 41,2 Prozent der 15jährigen Deutschen zu berichten (Niederlande 69,5 Prozent, Italien 86 Prozent). Vieles spricht also dafür, daß hier Defizite letztlich schon in den Familien grundgelegt sind. James Hackman, Bildungsökonom und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften hat angesichts empirischer Befunde nachdrücklich dafür plädiert, bildungspolitisch bereits bei der Familie anzusetzen – ein Plädoyer, das durch die Pisa-Studie eindrucksvoll bestätigt wird.

Schon dieser notwendigerweise kursorische Durchgang macht deutlich: Von Fachwissenschaftlern aus ganz unterschiedlichen human- und sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen kommen neue Ergebnisse und Perspektiven, die die Bedeutung von Ehe und Familie für Stabilität und Entwicklungsfähigkeit – und in diesem Sinn für die soziale Nachhaltigkeit – moderner Gesellschaften herausarbeiten. Die wachsende Aufmerksamkeit für die Thematik in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit ist also keineswegs nur eine Reaktion auf demographische Pressionen, sondern in diesem Sinn durch ein breites Spektrum von interdisziplinären Forschungsergebnissen vorbereitet.

Familienpolitik als Gegenstand bürgerschaftlichen Engagements in Familiaris Consortio

Angesichts dieser fachwissenschaftlichen Schwerpunktverschiebungen, die sich vor 20 Jahren noch nicht einmal andeuteten, eignet vielen Passagen von Familiaris Consortio aus der Rückschau geradezu prophetische Qualität. Aus der sozialetischen Neuakzentuierung von Ehe und Familie – seinerzeit vielfach als Indiz für den angeblichen Strukturkonservatismus eines polnischen Papstes kritisiert – spricht aus heutiger Sicht eher eine Hellsichtigkeit für die veränderten Problemlagen und Herausforderungen hochindividualisierter und -professionalisierter Gesellschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Die Reduktion dieses Impulses auf pronatalistische und sexualethische Inhalte in den Medien aber auch in Teilen der theologischen Rezeption brachte und bringt sich um zentrale Potentiale einer um ihre zukunftsorientierende Relevanz wissenden christlichen Sozialethik.

Dies soll abschließend am Beispiel des familienpolitischen Leitkonzepts von Familiaris Consortio aufgezeigt werden. Dort skizziert die Enzyklika gelingendes familiales Leben in prinzipieller Offenheit auf sein gesellschaftliches Umfeld (42 ff.)¹². Familie kann nicht in autistischer Selbstbeschränkung als reine Konsumeinheit oder auch als exklusive Solidareinheit unter prinzipiellem Mißtrauen gegen Fremde gelingen. Sie steht vielmehr unter modernen Bedingungen in wechselseitigem Austausch mit gesellschaftlichen Institutionen, von denen sie abhängig, für deren Funktionsfähigkeit sie aber auch verantwortlich ist. In diesem Zusammenhang heißt es:

„Der gesellschaftliche Auftrag der Familie soll sich auch in Formen *politischen Handelns* äußern. In diesem Sinne sollen die Familien sich dessen immer mehr bewußt werden, daß in erster Linie sie selbst im Bereich der sogenannten ‚Familienpolitik‘ die Initiative ergreifen müssen; sie sollen die Verantwortung für die Veränderung der Gesellschaft übernehmen. Sonst werden die Familien die ersten Opfer jener Übel sein, die sie vorher nur gleichgültig betrachtet haben“ (44).

Die Enzyklika leistet an dieser Stelle ein Doppeltes: Zunächst reflektiert sie kirchliches Familienengagement als *politische* Aufgabe, als Veränderung der Gesellschaft. Es geht also nicht nur um Familienpastoral oder -paränese. Ehe und Familie erscheinen vielmehr als Herausforderung an die Gestaltung des gesellschaftlichen Institutionensystems – mithin als Thema der Christlichen Sozialethik im engeren Sinn.

Darüber hinaus ist aber auch ein bestimmter Modus der Umsetzung familienpolitischer Impulse angedeutet. Familienpolitik ist hier nicht – wie so häufig in der deutschen Diskussion – primär als Teilbereich der Sozialpolitik begriffen, sondern als Aufgabe umfassender Gesellschaftsgestaltung. Nicht der Staat, nicht die Verantwortlichen – zum Beispiel Politiker und Bürokraten als technokratische Spezialisten – sind hier zum Handeln aufgerufen, sondern ganz allgemein die Familien selber. Sie selbst sollen Verantwortung für die (Um-)Gestaltung der Gesellschaft übernehmen. Im Text lassen sich mithin deutliche Bezüge zur gegenwärtigen Diskussion um eine aktive Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement herstellen. Daß dieses im Bereich der Gesellschaftspolitik eine besondere Rolle spielt, beweist die bereits oben skizzierte Diskussion um Sozialvermögen und die immense Bedeutung von Solidarnetzwerken für die Lebenssituation von Familien. Denn nicht primär formale Rechtsansprüche, sondern funktionsfähige Netzwerkstrukturen erweisen sich als Schlüsselfaktor für Menschen in Krisensituationen (zum Beispiel junge Frauen mit ungewollter Schwangerschaft) wie auch für Familien ganz allgemein. Die Herstellung solcher niederschweligen Hilfsangebote unterhalb der Eintrittsschwelle staatlicher Sozialsysteme kann als eine zeitgemäße Herausforderung karitativer Arbeit gelten¹³.

Neben der karitativen Arbeit gewinnt die kommunale und regionale Politikebene familienpolitisch zunehmend an Bedeutung. Denn vor Ort – und nicht nur in der Landes- oder Bundeshauptstadt – werden zentrale Rahmenbedingungen für Familien festgelegt. Verantwortungsträger aus ganz unterschiedlichen Bereichen – in Jugend- und Bildungseinrichtungen ebenso wie in Wirtschaft, Stadtplanung, Verwaltung usw. – sind hier gefordert, wenn in der Querschnittsaufgabe Familienpolitik wirklich etwas vorankommen soll. Eine Art lokaler Agenda-Prozeß für Familien, der sich speziell der sozialen Dimension nachhaltiger Lebensformen und Wirtschaftsstrukturen widmet, wäre diesbezüglich gefordert. Genau hier setzt das Projekt kommunaler Familien-Tische an: In einem zweijährigen professionell moderierten Prozeß werden relevante Verantwortungsträger an einen Tisch geholt, um gemäß den örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten konkrete Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien zu identifizieren und ansatzweise gemeinsam umzusetzen¹⁴. Der Begleitung durch die regionalen Medien kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um auch auf diesem Weg für die Bedeutung der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Familien zu sensibilisieren.

Die zitierte Passage aus *Familiaris Consortio* deutet in besonderer Weise voraus auf Initiativen einer Gesellschaftspolitik, die subsidiär ansetzend das spezifische Praxiswissen der Betroffenen selbst im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements für die Planung und Durchführung von Maßnahmen in Dienst zu stellen versucht. Eine regionale Familienkultur erwächst erst in der Summe von Weichenstellungen in ganz unterschiedlichen Bereichen. Familien, die sich auf ihre soziale und gesellschaftliche Umwelt hin öffnen, einerseits und Institutionen, die die Rückwirkungen ihrer Entscheidungen auf die Lebensqualität von Familien reflektieren, andererseits sind dabei komplementär aufeinander verwiesen.

Familiaris Consortio stellte ein solches anspruchsvolles sozialetisches Leitbild bereits 1981 vor Augen. Darin manifestiert sich wohl auch die globale Sichtweise der Enzyklika, die Gesellschaftspolitik weit weniger „aus dem Staat heraus denkt“, wie Hans Maier dies prägnant für die deutsche Politiklandschaft diagnostiziert hat. Christen können ihr Engagement in allen Sachbereichen und Handlungsfeldern in diese zentrale Gestaltungsaufgabe des 21. Jahrhunderts einbringen. Denn nicht nur die Höhe des Familienlastenausgleichs, sondern auch die Gestaltung von Dienstplänen und Arbeitszeitordnungen, von Schulzeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen, von Verkehrs- und Bebauungsplänen, von Freizeit- und Erholungsangeboten, von Krankenhaus- und Pflegeheimordnungen usw. sind für die Qualität der Sozialkultur in einer Region oder Kommune relevant.

Im Anschluß auch an *Familiaris Consortio* läßt es sich als sozialetische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte begreifen, daß unsere unaufhaltsam und rapide alternde Gesellschaft einer immer geringeren Zahl junger Menschen und denen, die für sie Verantwortung tragen, Minderheitenschutz gewährt – und

damit zur sozialen Nachhaltigkeit ihrer Lebensformen findet. Denn es wird immer deutlicher, daß ein familienfernes Modernisierungskonzept die von ihm geweckten Erwartungen langfristig nicht wird erfüllen können. Dies bedeutet auch, daß im Kontext nachhaltiger Lebensformen unter erwachsenen und alten Menschen Familie nicht nur genealogische oder sozialrechtliche Zusammengehörigkeit bezeichnet, sondern vielmehr einen Raum unbedingter Annahme und wechselseitiger Solidarität. Die Bündelung interdisziplinärer Neuansätze zu einem sozialetischen Leitbegriff von Familie als integralem Bestandteil nachhaltiger Gesellschaftsordnung ist ein wichtiger Schritt zu jenen Strukturreformen, die bereits Familiaris Consortio vor 20 Jahren angemahnt hat.

ANMERKUNGEN

¹ W. Dreier, Das Familienprinzip. Strukturelement der modernen Wirtschaftsgesellschaft (Münster 1960). Der „Augsburger Sozialethische Newsletter“ führt denn Ehe und Familie auch nur mehr unter dem Rubrum „Ethik der Lebensformen“.

² In der Tat läßt sich ja der Prozeß des Übergangs von der vormodernen zur modernen Gesellschaft als Funktionsverlagerung aus der Familie an gesellschaftliche Institutionen beschreiben – die Bildung wandert an die Schulen, die Rechtsprechung an die Gerichte, die Arbeit an die Betriebe etc. Doch dies ist – wie sich zeigen wird – nur die eine Seite der Entwicklung.

³ Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet P. Sloterdijks Essay Im selben Boot. Versuch über die Hyperpolitik (Frankfurt 1993), der aber im Werk des Autors weitgehend ohne Anknüpfungspunkte geblieben ist.

⁴ Prototyp dieses vormodernen Gesellschaftstyps ist die süditalienische Mafia; vgl. dazu ausführlich die einflußreiche Monographie von E. Banfield, The Moral Basis of a Backward Society (Chicago 1958).

⁵ Die Leerstelle der Familie bereits in der liberalen Fortschrittstheorie der Neuzeit findet sich detailliert nachgewiesen bei J. O'Neill, The Missing Child in Liberal Theory. Towards a Covenant Theory of Family, Community, Welfare and the Public Sector (Reading 1994).

⁶ Leider verfallen auch kommunitaristische Autoren wie A. Etzioni gelegentlich dieser Position – auch wenn diese in ihren Schriften nicht einheitlich ist.

⁷ Diese Entwicklung findet sich nach wie vor anschaulich beschrieben im § 238 von Hegels Rechtsphilosophie.

⁸ Vgl. dazu auch schon F.-X. Kaufmann, Die Zukunft der Familie im vereinten Deutschland (München 1995).

⁹ Dazu hat die von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gegründete „Familie und Beruf“ GmbH eine Reihe von Publikationen vorgelegt.

¹⁰ Vgl. dazu Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, hg. v. Deutschen Bundestag; E. Ostrom: Soziales Kapital, in Vorbereitung.

¹¹ Vgl. dazu bereits A. Habisch, Was ist das Sozialvermögen einer Gesellschaft?, in dieser Zs. 214 (1996) 670–680. Der Begriff des Sozialvermögens hat in letzter Zeit nun auch bei Autoren der sozialetischen Diskussion Resonanz gefunden: vgl. die neueren Beiträge von J. Wallacher, J. Müller u. a.

¹² Vgl. mit einem ähnlichen Tenor auch das Schreiben „Ehe und Familie in guter Gesellschaft“ der Deutschen Bischofskonferenz von 1999.

¹³ Hier sind etwa die unterschiedlichen Initiativen „Netzwerk Leben“ zu nennen, die sich in den Diözesen Magdeburg, Mainz, Eichstätt, Bamberg u. a. herausgebildet haben. Die überaus positiven Resonanzen zeigen, daß diese Vernetzungen den Bedürfnissen Hauptamtlicher wie Ehrenamtlicher und vor allem auch betroffener Hilfeempfänger oft am flexibelsten entsprechen können.

¹⁴ Kommunale Familientische werden gegenwärtig in 9 Modellprojekten der Sozialministerien von Hessen und Bayern umgesetzt und vom Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt wissenschaftlich begleitet.